

„Die Übergangenen: Strukturschwach und erfahrungsstark.“ Studienvorstellung und Diskussion

08. September 2022 von 13.00 bis 14.30 Uhr online

Am 08.09.2022 wurde die gemeinsame Studie mit dem Titel „Die Übergangenen. Strukturschwach & erfahrungsstark“ von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Progressiven Zentrum vorgestellt. Nach der Begrüßung durch **Alina Finke** (Referentin im Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung) folgte die Vorstellung der Studie, die sich mit den Sorgen und Erwartungen von Menschen in strukturschwachen Regionen befasst.

Dabei erläuterte **Johanna Siebert** (Projektmanagerin beim Progressiven Zentrum im Bereich „Green New Deal“) das Zustandekommen der Ergebnisse durch persönliche Gespräche an Haustüren. Man habe die vier strukturschwachen Regionen der Befragungen im Vorhinein ausgewählt und die genaue Route anschließend mit Lokalpolitiker_Innen abgestimmt. Auf die Repräsentativität bei den insgesamt 217 Gesprächen in ganz Deutschland sei geachtet worden.



Anschließend führte **Florian Ranft** (Verantwortlicher für den Schwerpunkt „Green New Deal“ des Progressiven Zentrums) aus, dass derzeit etwa 16% der Deutschen, also etwa 13 Millionen Menschen, in solchen strukturschwachen Gegenden lebten. Laut Ranft sind besonders ländliche Gebiete in Ostdeutschland nicht nur von einer Veränderung der Infrastruktur betroffen, sondern würden bereits jetzt eklatante strukturelle Defizite aufweisen. Die Transformation der Wirtschaft treffe diese Regionen besonders stark.

Seine Kollegin Johanna Siebert stellte die drei zentralen Ergebnisse bzw. sogenannten Deutungsmuster vor, die sich aus den Gesprächen ergeben hätten. Zunächst ließe sich feststellen, dass in den strukturschwachen Regionen der Klimawandel durchaus als globales Problem wahrgenommen werde. Dennoch seien im Alltag die sozialen und regionalen Probleme präzenter und drängender. Ferner bestehe die Angst, dass Maßnahmen um Klimaschutz die soziale Ungleichheit verstärken könnte. Eine weitere zentrale Sorge der Befragten wäre außerdem die um die Zukunft der Region. Die

regionalen Entwicklungsrückstände beunruhigte die Studienteilnehmer_Innen insgesamt sogar mehr als die Sorge davor, persönlich abgehängt zu werden. Schließlich, so das dritte Deutungsmuster, sei die Demokratie in den Augen der Befragten geeignet, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Allerdings fehle das Vertrauen in die Politiker_Innen als Akteure, die Chancen der Demokratie zu nutzen; besonders die Präsenz der Politik vor Ort wird demnach vermisst.

Daran anknüpfend präsentierte Florian Ranft die entwickelten Handlungsempfehlungen. Zuerst solle Geld zur Stärkung von strukturschwachen Regionen investiert werden. Zusätzlich sollten die Betroffenen bei den Projekten und der Verteilung der Gelder mitwirken können. Schlussendlich müssten materielle und immaterielle Maßnahmen kombiniert werden, den Bürger_Innen und den Regionen Respekt entgegengebracht und ihnen öffentlich Bedeutung zugestanden werden. Dabei ist laut Ranft ein rascher Erfolg nötig, um politische Unruhe und Instabilität zu vermeiden und eine sozial gerechte Transformation der Wirtschaft hin zum Klimaschutz vollziehen zu können.

Den Bezug zur Lage in Niedersachsen stellte **Christoph Lahner** (Referent im niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und regionale Entwicklung) her. Dem Ministerium sei an der Strukturförderung gelegen, die auch aus europäischen Fördermitteln finanziert würde. Bei diesen Projekten sei die Zusammenarbeit der verschiedenen Kommunen wünschenswert, wobei strukturstarke Regionen sich eher an Förderprogrammen beteiligen als strukturschwache. Als Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit einer weniger strukturstarken Region stellte er das Südniedersachsen-Programm vor, mit dem der ländliche Raum rund um Göttingen gestärkt werden soll.



Die Diskussion der Studie wurde von **Anke Harms** (freiberufliche Bildungsreferentin) moderiert. Dass Fördermittel in Abhängigkeit von Einwohner_Innenzahl vergeben würden und die Projekte nicht lange genug laufen würden, um strukturelle Probleme zu lösen, wurde kritisiert. Das Problem der häufig schwierigen Haushaltsslage von ländlichen Gebieten erkannte auch Florian Ranft an. Förderungen sollten daher das Ziel verfolgen, finanziellen Spielraum in den Kommunen zu schaffen. Im weiteren Verlauf der Diskussion mit den beiden Studienautor_Innen wurde ihre Schlussfolgerungen deutlich, dass das Vertrauen in die Politik gestärkt werden müsse, um strukturschwache Regionen nachhaltig stärken zu können. Partizipation und das Erleben von Politik auf Basis einer politischen Bildung sei daher zwingend erforderlich. Die zuständigen Politiker_Innen müssten dazu auf die Menschen zukommen und die Sorge ernst nehmen, dass besonders strukturschwache Regionen zu den Verliererinnen des Wandels werden könnten. Dies sei für eine funktionierende Demokratie notwendig, da ansonsten rechte Parteien von Unzufriedenheit und Sorgen profitieren könnten.

Schlussendlich bekräftigten die beiden, dass in den in der Studie untersuchten Regionen keinesfalls ein politisches Desinteresse bestünde. Vielmehr habe großer Gesprächsbedarf vorgeherrscht. Man hätte (teilweise indirekt) feststellen können, dass die Wünsche nach

einer besseren Infrastruktur, öffentlichen Investitionen in die lokale Kultur sowie dem Abbau von Hürden bei der politischen Teilhabe bestehen. Ein zentrales Ziel einer progressiven Strukturpolitik, so die Folgerung, müsste also die aktive Veränderung der gegenwärtigen Lage sein. Durch eine hohe Identifikation mit den einzelnen strukturellen Veränderungsmaßnahmen vor Ort könnten die Einwohner_Innen der betroffenen Regionen sich unterstützt fühlen und optimistischer in die Zukunft und auf die bevorstehende Transformation blicken. Es besteht also nach der Meinung von Johanna Siebert und Florian Ranft dringender Investitionsbedarf. Denn die Tätigung dieser Investitionen könnte große Chancen bergen, in den strukturschwachen Regionen soziale Ungleichheiten zu beseitigen und die Wirtschaft ökologisch nachhaltig zu gestalten.